

Krankengeschichte wird neu geschrieben

eHealth-Strategie Wie man sich im Aargau auf das elektronische Patientendossier vorbereitet

VON URS MOSER

Als Andre Rotzetter vor etwa zwei Jahren mit dem sperrigen Begriff eHealth-Strategie konfrontiert wurde, konnte er damit nicht viel mehr anfangen als die meisten Normalbürger auch. Als Geschäftsführer des Vereins für Altersbetreuung im oberen Fricktal und Vorstandsmitglied des Spital- und Heimverbands Vaka war er in eine Arbeitsgruppe des Kantons delegiert worden, «um mal zu schauen, was da läuft». Was da läuft, so Rotzetter heute, ist «eine absolute Schlüsselgeschichte, die wohl wichtigste Neuerung im Gesundheitswesen seit einem Jahrzehnt».

CVP-Grossrat Andre Rotzetter ist dabei zu einem zentralen Player im Kanton geworden, denn im Vorstand des letzten Herbst gegründeten Vereins eHealth Aargau ist er für das Ressort Politik/Organisation verantwortlich. Der Verein hat die Aufgabe, den Weg dafür zu ebnen, dass das elektronische Patientendossier im Kanton realisiert werden kann.

Dabei kommt man jetzt in die heisse Phase. Der Aargauer Regierungsrat entscheidet demnächst darüber, dem Grossen Rat eine Aufstockung des Kredits von 880 000 Franken für das 2011 lancierte, kantonale eHealth-Programm vorzulegen, das dieses Jahr ausläuft. Und heute Mittwoch behandelt der Nationalrat als zweite Kammer das Bundesgesetz zum elektroni-

schon Patientendossier, das gemäss Plan im Jahr 2017 in Kraft treten soll.

Aufbauarbeit wird konkret

Worum geht es? Nehmen wir ein - zur Veranschaulichung simples - Beispiel: Sie verletzen sich beim Heimwerken an einem rostigen Nagel und gehen notfallmässig zum Arzt, weil die Wunde genäht werden muss. Man wird Sie fragen, wann Sie zum letzten Mal eine Tetanus-Impfung hatten. Aber das wissen Sie nicht, und den Impfausweis haben Sie auch nicht dabei. Mit dem elektronischen Patientendossier ist das kein Problem, dort wäre ihre ganze Gesundheitsgeschichte abrufbar.

Das elektronische Impfdossier war ein vom Kanton unterstütztes Pilotprojekt. Ein erfolgreiches: Im Rahmen der Kampagne wurden 1400 elektronische Impfdossiers eröffnet. Sie hat gezeigt, dass die Bevölkerung gegenüber der Speicherung persönlicher Gesundheitsdaten offen zu sein scheint. Aber die Lungenliga, die das Pilotprojekt durchführte, hat nicht die Kapazitäten und Ressourcen, die Grundlagen weiter auszubauen und die Sache fortzuführen. Das sei eine der Aufgaben des Vereins eHealth, erklärt Rotzetter: Aufzuzeigen, wie solche Einzelprojekte in die Gesamtstrategie bei der Realisierung des Patientendossiers überführt werden können. Der Verein ist die Trägerschaft für Leistungserbringer und weitere Orga-



«Die wichtigste Neuerung im Gesundheitswesen seit einem Jahrzehnt.»

Andre Rotzetter
Vorstand Verein eHealth Aargau

nisationen, die nach dem Auslaufen des kantonalen Programms die Umsetzung der Bundesgesetzgebung zum Patientendossier vorantreiben soll. Eine zentrale Aufgabe ist derzeit, dafür mit dem Kanton eine konkrete Leistungsvereinbarung auszuhandeln, wobei es natürlich auch um die finanzielle Unterstützung geht.

Namentlich geht es um den Aufbau einer sogenannten Gemeinschaft: Eine privatrechtliche Organisation, zum Beispiel eine Aktiengesellschaft, die für die technische Realisierung, Verwaltung der Einwilligungen und Widerrufserklärungen (ein Dossier darf nur mit Zustimmung des Patienten angelegt werden), Verwaltung der Zugriffsrechte etc. verantwortlich ist.

Andre Rotzetter skizziert den Fahrplan: Dieses Jahr soll die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton und die Rechtsform der Gemeinschaft geklärt sein. 2016 geht es dann darum, die Gemeinschaft aufzubauen, zum Beispiel auch Aufträge für die technische Realisierung des Patientendossiers zu vergeben. Ab 2017, wenn das Bundesgesetz in Kraft tritt, soll die Gemeinschaft dann operativ werden können.

Ärzte müssen mitspielen

Der Bund stellt für die Aufbauarbeit (total, für die ganze Schweiz) 30 Millionen zur Verfügung, pro Gemeinschaft aber nicht mehr als eine halbe Million. Und die Beiträge fließen nur, wenn sich die Kanto-

ne im gleichen Umfang beteiligen. Über den möglichen Kantonsbeitrag äussert sich Urs Zaroni, Leiter Fachstelle Masterplan integrierte Versorgung/eHealth im Departement Gesundheit und Soziales, noch vage. So oder so müssten die Leistungserbringer als Träger der Betriebsgesellschaft aber ein Mehrfaches der Beiträge der öffentlichen Hand investieren, gibt er zu bedenken. Grobe Schätzungen gehen von 1,2 bis 2,5 Millionen an einmaligen Aufbauposten und jährlichen Betriebskosten von 250 000 bis 500 000 Franken für eine Gemeinschaft aus.

Ein Knackpunkt: Es ist noch offen, welche Leistungserbringer die Bundesgesetzgebung zur Mitwirkung am elektronischen Patientendossier verpflichtet. Der Ständerat sah nur die Spitäler vor. Die vorberatende Kommission des Nationalrats, der heute entscheidet, möchte mit einer Übergangsfrist von 10 Jahren auch die frei praktizierenden Ärzte einschliessen. Abgesehen von der Akzeptanz bei den Patienten (die auf jeden Fall selber entscheiden, ob für sie ein Dossier angelegt wird und wer Zugriff hat) sei es für den Erfolg natürlich entscheidend, dass sich möglichst viele Ärzte beteiligen, so Zaroni. Sollte es bei der sogenannten doppelten Freiwilligkeit bleiben, wird es eine weitere Aufgabe des Vereins eHealth Aargau sein, hier nach Möglichkeiten für Anreize zu suchen.



Yvonne Feri (SP) und Andreas Glarner (SVP) diskutieren über den «frechsten Sozialhilfebezüger der Schweiz». SANDRA ARDIZZONE

Sozialhilfe-Missbrauch: 5% laut Feri, 50% laut Glarner

«TalkTäglich» SP-Nationalrätin und SVP-Fraktionschef liefern sich ein Streitgespräch

VON FABIAN HÄGLER

Er ist 25 und soll noch nie gearbeitet haben - der «frechste Sozialhilfe-Bezüger der Schweiz», wie ihn der «Blick» bezeichnet. Nun ist der junge Mann offenbar nach Sarmenstorf gezogen - zuvor wohnte er in Niederwil und Berikon, wo er jeweils Sozialhilfe bezog. Andreas Glarner, SVP-Fraktionschef im Grossen Rat und Gemeindeammann in Oberwil-Lieli, hat dessen Namen auf Facebook publik gemacht. «So steigt der soziale Druck auf den Mann, endlich zu arbeiten», verteidigt sich Glarner in der Sendung TalkTäglich von Tele M1. Yvonne Feri, SP-Nationalrätin und Sozialvorsteherin in Wettingen, kritisiert den Online-Pranger hingegen scharf: «Das ist eine Hetzjagd, auch für solche Leute gilt der Datenschutz.»

Auf die Frage von Moderator und az-Inlandchef Stefan Schmid, wie sie reagieren würde, wenn der junge Mann nach Wettingen käme, sagt Feri: «Wir würden genau überprüfen, ob er einen Anspruch auf Sozialhilfe hat, und ihn

dann in ein Arbeitsprogramm stecken.» Dies verbunden mit klaren Auflagen. Sollte er nicht zu Einsätzen erscheinen, würde auch SP-Frau Feri dem jungen Mann die Sozialhilfe kürzen.

Glarner will härtere Gangart

Glarner, der auf Facebook über den umstrittenen Sozialhilfebezüger geschrieben hatte, «der kommt nicht mal über die Schwelle unseres Gemeindehauses», würde härter vorgehen. «Es muss möglich sein, einem solchen Mann, der nicht arbeiten will, absolut unkooperativ ist und dem Staat seit Jahren auf der Tasche liegt, die Leistungen vollständig zu streichen.» Heute ist dies nicht möglich, in der Bundesverfassung ist Sozialhilfe als Minimum vorgeschrieben: «8 Franken pro Tag, ein Dach über dem Kopf und eine Krankenkasse», sagt Glarner.

Er möchte grundsätzlich eine härtere Gangart bei der Sozialhilfe einschlagen. «Wenn man bei Sozialfällen den Familiennachzug verbietet, keine Einbürgerung mehr zulässt und ihnen Auto und

Fahrausweis wegnimmt, würde sich die Zahl rasch reduzieren.»

Feri sieht kaum Missbrauch

Yvonne Feri wendet in Wettingen ein anderes Rezept an. «Wir versuchen, die Sozialhilfebezüger mit Weiterbildung und festen Tagesstrukturen wieder fit zu machen für den Arbeitsmarkt.» Sie ist der Meinung, dass die Missbrauchsquote sehr tief liege. Von den rund 500 Personen, die in Wettingen Sozialhilfe beziehen, verhalten sich laut Feri 95 Prozent sehr kooperativ. «Sie tun alles dafür, um wieder einen Job zu finden.»

Glarner schätzt die Situation anders ein: «Jeder zweite Sozialhilfebezüger missbraucht das System.» Gemeinden dürften keine sozialen Hängematten bieten. Feri entgegnet, hinter jedem Fall stehe ein Mensch. «Dieser hat sich sein Schicksal nicht selber ausgesucht, sondern ist oft unverschuldet in Not.»



«TalkTäglich» sehen Sie auf www.aargauerzeitung.ch

Ein Schema gegen Asyl-Streitereien

Asylunterkünfte Kanton und Gemeinden wollen künftig früher miteinander reden, wenn Asylsuchende untergebracht werden müssen. Ein Schema soll Fälle wie Bettwil oder Aarburg verhindern.

VON MARIO FUCHS

Von einem «gemeinsamen Weg» und von einem «partnerschaftlichen Ablauf» ist im überraschenden Communiqué die Rede. Veröffentlicht wurde es gestern - gezeichnet vom Departement Gesundheit und Soziales und von der Paritätischen Kommission Kanton-Gemeinden im Asylwesen.

«Bislang haben wir die Lösung immer von hinten her gesucht, künftig wollen wir sie von vorne her suchen.» Renate Gautschy, Präsidentin der Gemeindeammannervereinigung, heftig kritisiert. Es folgte eine Aussprache, und Gautschy sagte: «Der Rasen ist in diesem Bereich heftig beschädigt worden und muss wieder angesät werden.» Die gestrige Mitteilung ist also quasi dieser Samen. An ihn zu gelangen, war laut Gautschy nicht einfach: «Das hat Diskussionen gebraucht in der Kommission.» Das Ergebnis ist zweiteilig: ein Leitfaden und ein Studienauftrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz.

Der Leitfaden ist ein Ablaufschema. Im Amtsdeutsch der Mitteilung heisst das: Ein «Muster-Dokument», das den «partnerschaftlichen Ablauf» aufzeigt, der «im Alltag gemeinsam gelebt werden kann». Konkret: Wie bisher sucht der Kanton selbst nach Unterkünften, «schaut auch mit Sorgfalt, wer wo untergebracht werden kann», wie es Gautschy sagt, und verhandelt mit Vermietern. Erst, wenn ein Mietvertrag unterzeichnet werden kann, wird die Gemeinde informiert. Neu ist aber: Wenn es um die Details der Umsetzung geht, sollen die lokalen Be-

hörden früher mitreden können. «Es sollte nicht so sein, dass eine Gemeinde nur noch zur Kenntnis nimmt», sagt Renate Gautschy. Bislang habe man die Lösung immer von hinten gesucht, was zu grossem Unmut geführt habe - künftig wolle man die Lösung von vorne her suchen. «Wir müssen uns nicht der Illusion hingeben, dass jetzt nur noch alles reibungslos läuft», sagt Gautschy, «aber wir können damit eine neue Vertrauensbasis schaffen.»

Diese war in der Vergangenheit nicht überall vorhanden - oder verschiedenst zerstört worden. Gautschy: «Es gab Fälle, die nach einem solchen Schema geschrien haben.» Danach, dass der Kanton eben «die Verhältnisse kennen», dass es zwischen Kanton und Gemeinden «einen

anständigen Umgang» geben sollte. Als Beispiele dafür nennt sie die Fälle Bettwil und Aarburg - beide hatten national für Schlagzeilen gesorgt. Ist der neue Leitfaden also auch ein Eingeständnis, dass Fehler gemacht wurden? «Nein, wir wollen keine Schuldzuweisungen machen, sondern Lösungen finden», betont Gautschy. Aber sie sagt auch: «Wenn Fehler gemacht wurden, müssen die behoben werden. Es geht wirklich darum, eine neue Vertrauensbasis zu schaffen.»

Die Kommission sei von zahlreichen Gemeinden «ganz fest angehalten worden», ein solches Dokument zu erarbeiten. Die Forderung habe gelautet: «Zeigt uns auf, wie die Inbetriebnahme einer Unterkunft verbindlich abläuft.» Zuvor habe es nur immer eines gegeben: Spekulationen.

Nebst dem Schema, das ab sofort allen Gemeinden offiziell «empfohlen» ist, wird die Fachhochschule Nordwestschweiz in einer Studie die künftige Verhandlungsführung zwischen Kanton und Gemeinden analysieren. Idee ist, herauszufinden, wie Schnittstellen geklärt und wie die Beziehungen weiter verbessert werden können. Mitte Jahr soll das Dokument vorliegen.